

(A) (Minister Schleußer)

keinen Fall das Recht des Finanzministers, auch nicht der Landesregierung, dieses zu tätigen. Das kann nur das Parlament tun.

Ich wollte das nur klarstellen, damit solche Meinungsverschiedenheiten bei der unterschiedlichen Bewertung der Bildung von Rücklagen/Auflösung von Rücklagen nicht stehenbleiben. Ich glaube, es ist schon ein gravierender Unterschied, ob eine Rücklage gebildet wird oder ob sie durch Ausgaben aufgelöst wird.

Im übrigen will ich mich für diese Diskussion bedanken und ausdrücklich dafür bedanken, daß anerkannt wird, daß aus dem, was der Ausschuß sagt, aus dem, was der Landesrechnungshof sagt, die Landesregierung Konsequenzen zieht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister.

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung**.

(B) Wir kommen zur **Abstimmung**. Wir stimmen zunächst über die **Beschlußempfehlung** des Ausschusses für Haushaltskontrolle **Drucksache 11/3769** ab. Sie umfaßt zwei Ziffern, über die wir nun getrennt abstimmen.

In **Ziffer 1** seiner Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß für Haushaltskontrolle, die von ihm festgestellten Sachverhalte, die Beschlüsse über einzuleitende Maßnahmen und die dafür gesetzten Termine sowie die ausgesprochenen Mißbilligungen gemäß § 114 Landshaushaltsordnung zu bestätigen. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Einstimmig so **beschlossen**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 2** der Beschlußempfehlung. Hier empfiehlt der Ausschuß, der Landesregierung für die Landshaushaltsrechnung 1989 - **Drucksache 11/1959**, im Zusammenhang damit **Drucksache 11/1960** - gemäß § 114 der Landshaushalts-

(C)

haltsordnung in Verbindung mit Art. 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN ist damit **der Landesregierung** für die Landshaushaltsrechnung 1989 gemäß § 114 LHO **Entlastung erteilt** worden.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen nun über die **Drucksache 11/3770** ab, die eine **Beschlußempfehlung** des Ausschusses für Haushaltskontrolle zur Entlastung des Landesrechnungshofes für die Rechnung 1989 enthält. Der Ausschuß für Haushaltskontrolle empfiehlt, dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen für die Rechnung 1989 gemäß § 101 LHO Entlastung zu erteilen. Wer ist für diese Empfehlung? - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dem **Landesrechnungshof für die Rechnung 1989** gemäß § 101 LHO **Entlastung erteilt** worden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle dem Landesrechnungshof, vertreten durch seinen hier anwesenden Präsidenten, Herrn Munzert, für die gute Zuarbeit und Zusammenarbeit im Namen des gesamten Landtages herzlich danken.

(D)

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1992) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1992 sowie zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 11/4164 und 11/4370

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/4420

zweite Lesung

Ich eröffne die **Beratung** und erteile zunächst dem Abgeordneten Schittges für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

Abgeordneter Schittges (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Leider verblaßt die zweite Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1992 schon deshalb ein wenig, weil parallel hierzu die Behandlung des bereits eingebrachten Haushaltsentwurfs für 1993 erfolgt ist. Auch wenn der zweite Nachtrag somit zwangsläufig im Schatten des nächstjährigen Haushaltes steht, ist eine intensive Befassung mit den Regeln und Ansätzen des Zweiten Nachtrages notwendig.

(B) Der Gesetzentwurf beinhaltet die Abschlußzahlung für die Projekte nach dem Strukturhilfegesetz, Förderungen des öffentlichen Personennahverkehrs und des kommunalen Straßenbaus, Mittel für die Beschleunigung der Asylverfahren sowie Ansätze für den Wohnungsbau und die Durchleitung von Mitteln an die Gemeinden.

Nach Eingang der Ergänzungsvorlage sieht der Zweite Nachtrag auch Maßnahmen zur Strukturverbesserung im Geschäftsbereich der Polizei vor. Das Stichwort Kienbaum zeigt erste Wirkungen auch bei der Polizei.

Ich verkenne nicht, daß dieser Gesetzentwurf einen Schritt in die richtige Richtung beinhaltet. Das ist auch der Grund, warum wir uns in den Ausschußberatungen der Stimme enthalten und den Gesetzentwurf nicht zurückgewiesen haben. Aber bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch das alte Stichwort wieder als zutreffend: Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

(C)

Bei der Betrachtung aller Einzelheiten des zweiten Nachtrages fallen einige Punkte auf, die wir uns anders gewünscht hätten oder die nur als Einstieg in andere Maßnahmen gesehen werden können. So zum Beispiel die Defizite bei den Studentenwerken, die den gesamten Landtag durch viele Diskussionen bekannt sind. Im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die SPD erklärt, sie verzichte zwar auf Änderungsanträge, hätte aber erwartet, daß die wohlweislich bekannten Defizite bei den Studentenwerken in den Nachtragshaushalt aufgenommen worden wären.

Das heißt: Im Jahre 1992 werden die Studentenwerke entweder ihren Verlust in das nächste Jahr vortragen müssen, oder es kommt zu erheblichen Preissteigerungen an unseren Hochschulen. Für die CDU-Fraktion gehe ich davon aus, daß wir dieses Problem bei der Behandlung des Haushalts 1993 intensiv erörtern werden.

Im Gegensatz zu der Problematik der Studentenwerke beinhaltet der Nachtrag - so jedenfalls die Darstellung der Landesregierung, Herr Minister - die restlichen Mittel für die Ausfinanzierung der Strukturhilfeobjekte. Bundesmittel, die in diesem Jahr nicht mehr investiert werden konnten, sollen auf das nächste Jahr übertragen werden. So soll 1993 und in den darauffolgenden Jahren die Bewilligung aus den Ausgaberechten der heute veranlagten Ansätze erfolgen.

(D)

Wir haben zwar in den Ausschußberatungen über den Gesamtansatz reden können, aber die Einzelprojekte waren einer jeden Diskussion entzogen. Die Landesregierung hatte nämlich Sammelansätze gebildet, die uns anhand einiger Listen erklärt werden sollten. Aber diese Listen sind teilweise an die Fraktionen, teilweise an einzelne Abgeordnete verteilt worden.

So stellen wir uns im Haushalts- und Finanzausschuß keine Beratung vor. Sie wirkt verwirrend und trägt nicht zur Aufklärung bei, zumal durch die Hilfe aller Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch vor Ort Maßnahmen durchgesetzt werden können. Oder, so stellen wir uns die Frage, ist es wieder einmal so, daß die Sammelansätze dazu dienen, daß ausschließlich die Kollegen der größten Fraktion wieder als Geldbriefträger der Landesregierung vor Ort auftreten sollen?

(A) (Schittges [CDU])

Auch wenn uns der Finanzminister zugesagt hat, nach abschließenden Kabinettsentscheidungen überarbeitete und übersichtliche Grundlagen vorzulegen, bedeutet dies doch, daß die parlamentarischen Beratungen dann abgeschlossen sind und wir keine Gelegenheit hatten, uns im Parlament hiermit auseinanderzusetzen. Es ist schade, Herr Finanzminister, daß Sie diese wichtige Maßnahme einer sachlichen Beratung im Parlament damit entzogen haben.

Meine Damen und Herren! Es gibt einen weiteren Ansatz, der von der Landesregierung mit dem Verpflichtungsermächtigungsansatz in Höhe von 440 000 DM veranschlagt ist. Hier sind Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren gemeint. Ich denke, daß niemand in diesem Hause die Notwendigkeit bestreiten wird, einen solchen Betrag in den Haushalt aufzunehmen. Allerdings frage ich mich - wahrscheinlich auch in Übereinstimmung mit dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales -, aus welchem Grunde die Fälligkeit dieser Verpflichtungsermächtigung bis ins Jahr 1996 reicht. Diese Frage ist, wie ich meine, nach den gestrigen Entscheidungen der Regierungskoalition in Bonn sicherlich berechtigt gestellt.

(B)

Der wichtigste Punkt des Nachtrags allerdings scheint mir das Thema Polizei zu sein. Die Strukturprobleme der Polizei haben uns sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen über einen langen Zeitraum beschäftigt. Nachdem sich die Landesregierung ja bereits als Kienbaum-Gutachten-gläubig in der Schulfrage gezeigt hat, war ich davon ausgegangen, daß dieser Problembereich nach den eindeutigen Hinweisen in diesem Gutachten nunmehr einer Lösung zugeführt werden kann.

Um so erstaunter waren wir, im Rahmen der Beratung des Haushalts 1992 im vergangenen Herbst feststellen zu müssen, daß die Landesregierung nicht in der Lage war, selbst erste Konsequenzen hieraus zu ziehen.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Haushalts 1992 sind dann 1000 Stellen veranlagt worden, um so - so hofften wir - die Möglichkeit zu schaffen, die dringendsten Probleme zu lösen.

(C)

Nach nunmehr neun Monaten hat es die Landesregierung, Herr Finanzminister, nicht geschafft, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, um dies dem Landtag zur Entscheidung vorzulegen. Erst mit einer Ergänzungsvorlage zum zweiten Nachtrag ist es gelungen, einen Einstieg in eine gerechtere Besoldung zu finden.

Aber auch dieser erste Einstieg kann die beteiligten Parteien in keiner Weise befriedigen. Die Gewerkschaft der Polizei ist denkbar unzufrieden, und ich habe dafür großes Verständnis.

Das Nachtragshaushaltsgesetz beinhaltet nunmehr, wenn man der Landesregierung Glauben schenken darf, den Beginn der Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Begünstigt - das muß man auch bei Diskussionen berücksichtigen, und das sollte man zur Kenntnis nehmen - sind in diesem Fall allerdings ausschließlich Polizeibeamte, die bereits die Endstufe des mittleren Dienstes erreicht haben und vor dem 1. November 1940 geboren sind, also ältere Polizeibeamte im Spitzenamt des mittleren Dienstes.

Da es sich jedoch um einen vor allem nach dem Kienbaum-Gutachten von uns gewollten Einstieg handelt, hat sich die CDU im Ausschuß für Innere Verwaltung der Stimme enthalten.

(D)

Im Rahmen der bereits laufenden Haushaltsberatung 1993 werden wir die weiteren Absichten der Landesregierung sehr genau überprüfen. Die Verabschiedung des zweiten Nachtrags ist aufgrund dieser Maßnahme auch für die CDU eilig geworden; denn die Absicht aller Fraktionen war, die Verbesserungen bereits ab dem 1. November 1992 wirksam werden zu lassen.

Wir haben im Rahmen der Ausschußberatung auch sichergestellt, daß die Art der Veranschlagung keine Nachteile für das im mittleren Dienst verbleibende Stellenkontingent mit sich bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch diesen Nachtragshaushalt, dessen Beratungen im Schatten der bereits laufenden Erörterungen zum Haushalt 1993 stehen, können wir nicht behandeln, ohne die drängenden Zukunftsprobleme im Auge zu behalten. Wir bauen darauf, Herr Finanzminister, daß Sie Wort

(A) (Schittges [CDU])

halten und uns frühzeitig ein Konzept vorlegen, wie Sie die Personalsituation des Landes in die Reihe kriegen wollen. Wir sagen das in aller Deutlichkeit und sagen Ihnen auch, daß wir hier in partnerschaftlicher Weise mit Ihnen zusammenwirken wollen; allerdings erwarten wir auch, daß wir Ihre Ankündigung nicht aus der Presse erfahren, sondern da, wohin das gehört, nämlich in den Haushalts- und Finanzausschuß.

Zum zweiten Nachtrag, meine Damen und Herren, werden wir uns heute der Stimme enthalten. Es sind brauchbare Ansätze darin enthalten. Allerdings sind die Finanzprobleme des Landes so überwältigend, daß wir von Ihnen, Herr Minister, eine schlüssige Lösung für die nächsten Jahre erwarten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

(B)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein Nachschlag, ein zweiter Nachschlag, der durch die erhöhten Steuereinnahmen möglich war. Grundlage unserer heutigen Beratung ist die Beschlußempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses.

Es ist interessant und immer wieder wichtig zu sehen, daß diese Steuermehreinnahmen zu einem großen Teil, nämlich mit 1,135 Milliarden DM, zur Absenkung der Nettokreditaufnahme verwandt werden können.

(Beifall des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ich will nicht zu viele Blumensträuße - ich habe jedesmal einen bekommen, aber es muß heute noch einmal erwähnt werden, weil es dazugehört.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Er löst auch einige Probleme, was uns ohne die Steuermehreinnahmen vielleicht nicht so leicht gefallen wäre.

(C)

Zum Kapitel Polizei! Hier löst er etliches, alles kann er aber mangels Masse nicht lösen. Wir sollten hier vielleicht einen Moment verweilen und aus den Beratungen einige Schlüsse ziehen.

Der Beförderungsstau von A 7 nach A 8 ist so noch nicht zu lösen. Wir erleben hier auch das Phänomen, daß durch die Vorschläge des Innenministers Beamte ohne Kurzlehrgang nach A 9 kommen und daß Beamte, die ohne Kurzlehrgang jetzt nach A 10 kommen sollen, an denen, die den Kurzlehrgang gemacht haben, vorbeiziehen nach dem Motto: Warum wart ihr so doof, den Lehrgang zu machen, ihr hängt jetzt in A 9, wir kommen ohne den Lehrgang jetzt nach A 10!

Ich möchte anregen, daß wir in Zukunft bei diesem hochsensiblen Feld etwas mehr nachdenken und nicht mit so heißer Nadel nähen. Allen kann man nicht gerecht werden, aber wenn sich der größere Teil ungerecht behandelt fühlt, geht eine beabsichtigte Wirkung unserer Maßnahmen am Ziel vorbei.

Hier ist, glaube ich, der Finanzminister ehrlicher als andere. Wir sollten in die Diskussion darüber eintreten, was geht und was nicht geht. Wir sollten in dieser Runde ehrlich sagen: Die zweigeteilte Laufbahn kann es aus vielerlei Gründen - die ich nicht mehr alle aufzählen will - nicht geben.

(D)

(Minister Schleußer: Das ist richtig!)

Wenn das so ist, kommen wir als Parlament am glaubwürdigsten davon, wenn wir unseren Partnern, den Beamten der Polizei, die Wahrheit sagen, warum das nicht geht. Die Gewerkschaften haben es da schon schwer genug. Sie haben einen Erwartungshorizont geschaffen, der kaum noch ausbaufähig ist; dieser bricht jetzt weg. Sie haben zwar uns als Hilfskonstruktion, sie können sagen: Die Politik hat nicht mitgemacht! Aber das lassen wir uns so nicht sagen. Wir werden mit den Kollegen darüber diskutieren.

Unbedingt nötig ist, daß wir sagen, was machbar ist und was nicht machbar ist - damit kommen wir in einen ehrlichen Dialog -, und daß wir dem Innenminister empfehlen, in seiner Wortwahl klarer zu werden.

(A) (Wickel [F.D.P.]

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Fraktion erkennt die besondere Situation der Polizei in diesem Zusammenhang an.

Herr Finanzminister, die Beratungen waren, wenn man den Bericht und die Beschlußempfehlung liest, in allen Ausschüssen getragen von dem gemeinsamen Anliegen, hier das Richtige zu tun und Ihnen die Möglichkeit zu geben, das haushaltsmäßig abzuwickeln. Da so deutliche Zeichen einer richtigen Finanzpolitik kommen und in anderen Fachgremien gesagt wird: "Das könnten wir tun", konnten wir - meine Fraktion - uns dem nicht verschließen und sind nach Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß wir uns bei der Abstimmung über den zweiten Nachtrag enthalten. Wir bekennen uns politisch dazu, daß die Landesregierung hier auf dem richtigen Weg ist, und wollen auch, daß das sichtbar wird. - So viel zum zweiten Nachtrag.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir ein Wort in eigener Sache! Seit zwei Tagen können wir eine Frau Dr. Tiemann, Präsidentin des Steuerzahlerbundes, erleben, die ihre Rolle anscheinend darin sieht, über die Parlamentarier herzufallen.

(B) (Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Ich bin nicht bereit, mir das bieten zu lassen. Ich frage die Frau Präsidentin des Steuerzahlerbundes auch nicht, welche Aufwandsentschädigung sie bekommt.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Ich sage hier als gewählter Parlamentarier: Jeder von uns nimmt seine Rolle im Rahmen der Verfassung wahr, jeder von uns handelt nach bestem Wissen und Gewissen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Sehr richtig!)

Ich lasse es mir einfach nicht bieten, daß jemand, um Punkte zu sammeln, auf die Politiker draufhaut und das als Erledigung seiner Pflicht für seinen Verein betrachtet.

(C)

(Zurufe der Abgeordneten Paus [Detmold] und Schittges [CDU])

Ich frage ja auch nicht, weshalb Fortbildungsveranstaltungen in Mexiko steuerabzugsfähig sind. Es soll ja Leute geben, die solche Interessen vertreten.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD] - Gegenruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Meine Damen und Herren! Es muß klar sein: Auch der Bund der Steuerzahler nimmt eine Rolle im öffentlichen Leben wahr und weist uns vielleicht berechtigterweise schon einmal auf etwas hin. Ich lasse mich aber von diesen Herrschaften und von der Frau Präsidentin nicht als Fußabtreter benutzen und werde solche Fragen jedesmal thematisieren, wenn sie hochkommen, damit wir im Parlament gemeinsam sagen können: Freunde, jetzt ist Schluß, so geht es nicht! Macht ihr eure Arbeit, wir machen unsere! Wenn wir sachliche Unterschiede haben, diskutieren wir darüber.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Aber diese Polemik, diese Verleumderei und all die anderen Abstriche im Zeitgeist machen wir nicht mit. - Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege! Wenn ich da unten gesessen hätte, hätte ich auch geklatscht.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Kommen Sie runter! - Abgeordneter Hardt [CDU]: Das könnte ja mal hilfreich sein!)

- Dann ist die Sitzung zu Ende, Herr Kollege, das geht nicht!

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Busch für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Herren! Herr Wickel, über Modelle der Abgeordnetenfinanzierung nachzudenken ist, soweit ich weiß, erlaubt. Das kann ich nur begrüßen.

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Wenn Sie in alle Ausschüsse kommen, über die Sie hier reden, dann unterhalten wir uns weiter! - Beifall und Zurufe von der SPD: Sehr richtig! - Abgeordneter Hemmer [SPD]: Kommen Sie in den Ausschuß, da können Sie reden!)

- Platter geht es wirklich nicht!

Aber nicht Abgeordnetenfinanzierung und Diätenproblematik stehen jetzt auf der Tagesordnung, sondern der zweite Nachtragshaushalt des Landes; darauf will ich mich konzentrieren.

Der zweite Nachtrag zum Haushalt 1992 offenbart einmal mehr, wie schlecht das Finanzministerium organisiert ist.

Präsidentin Friebe: Herr Dr. Busch, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Diegel?

(B) (Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Aber wirklich nur, wenn es zum Nachtragshaushalt ist, sonst hat das keinen Sinn!)

- Herr Kollege Diegel!

Abgeordneter Diegel (CDU): Es hat natürlich alles damit zu tun. - Darf ich der Fragestellung von Herrn Wickel entnehmen,

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Von Herrn Wickel?)

daß Sie auch an den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses nicht teilnehmen?

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich weiß nicht, worüber Sie reden. Ich rede jetzt über den Nachtragshaushalt. Wenn Sie über ein anderes Thema reden wollen, müssen Sie einen Antrag stel-

(C)

len. Der kommt dann auf die Tagesordnung, und dann reden wir darüber.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wie kann man über den Nachtragshaushalt reden, wenn man keine Beratungen miterlebt hat?)

Ich habe mich gerade auf eine spontane Bemerkung von Herrn Wickel bezogen, diese habe ich ebenso spontan beantwortet. Über Abgeordnetendiäten rede ich gern, aber jetzt rede ich über den Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

Bei näherer Betrachtung dieses Nachtragshaushalts zeigt sich, daß praktisch die meisten Titel, die uns hier zur Veränderung vorgeschlagen werden, bei guter Haushaltsplanung vorhersehbar gewesen wären. Vieles war entweder schon seit Jahren überfällig oder hätte auf normalem Wege, zum Beispiel als über- oder außerplanmäßige Ausgabe, das Parlament passieren können. Dazu gibt es ja dieses Instrumentarium - das aber vorsichtig anzuwenden ist. Es ist nicht einzusehen, daß der Landtag seine Zeit damit vertut, Mängel in der Landesverwaltung auszubaden.

(D)

Jetzt komme ich zu einigen wichtigen Veränderungen. Die zahlenmäßig wichtigsten Veränderungen, nämlich die erhöhten Steuereinnahmen, sind zwar sehr erfreulich, aber in der Tat auch längst vorhersehbar. Das haben wir schon bei der letzten Haushaltsdebatte kritisiert, daß die Steuereinnahmen systematisch unterschätzt werden.

Es ist natürlich erfreulich, daß die Nettokreditaufnahme aufgrund dieser Steuereinnahmen gesenkt werden kann. Aber auch das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe war längst überfällig; das haben wir seit Jahren gefordert. Jetzt wird sie in einer verwässerten Form realisiert, und wir finden das gar nicht erfreulich, weil die Probleme des Wohnungsbaus damit nicht annähernd gelöst werden können.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich will auf einige Spezialprobleme, die aber zahlenmäßig ein besonderes Gewicht haben, hinweisen.

Erster Punkt ist die 90-Millionen-Verpflichtungsermächtigung für den THTR. Ich habe nachgelesen, Herr Schleußer, was Sie in der Einbringungsrede für den Nachtragshaushalt gesagt haben. Ich darf das einmal vorlesen:

Mit dieser Verpflichtungsermächtigung wird Vorsorge getroffen, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, um mögliche Konjunkturrisiken

- das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen -

bei der Betreibergesellschaft nicht eintreten zu lassen.

Wir wissen seit Jahren, daß der Hochtemperaturreaktor technisch nicht beherrschbar ist, weder beim Betrieb des THTR noch bei der Stilllegung des THTR. Die Stilllegung zieht sich um Monate und Monate hinaus. Jeder Monat kostet fast 5 Millionen DM. Wir wissen also seit Monaten, daß die Betreibergesellschaft HKG in größten finanziellen Schwierigkeiten ist. Wir wissen jetzt, daß das Land weitere Verpflichtungen schon Anfang des Jahres von dieser HKG übernommen hat. Das wissen wir alles. Und dann kommen Sie hierher und erzählen uns, da seien Konjunkturrisiken abzudecken.

(B)

Ich kann das wirklich nur als Mißachtung des Parlaments verstehen, wenn Sie uns hier einen solchen Unsinn erzählen.

Zweiter Punkt: Wir haben mittlerweile als Konsequenz aus der Kohlerunde rund 900 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen im Bereich Steinkohle im Haushalt stehen. Unabhängig von der Berechtigung dieser Verpflichtungen, die später zu Zahlungen führen, ist doch die Frage zu stellen: Können wir auf Zuruf 900 Millionen DM bewilligen? Oder müßte uns nicht eine angemessene Information darüber zugehen, wie diese 900 Millionen DM konkret verwendet werden?

Ich habe mehrfach im Wirtschaftsausschuß diese Punkte angesprochen; es sind mir bis heute keine

(C)

konkreten Unterlagen, keine Aufgliederung, keine Aufstellung, keine Projektion oder was immer vorgelegt worden, aus denen ich erkennen könnte, daß diese 900 Millionen DM in dieser oder jener Weise eingesetzt werden, zumal hinzukommt, daß die Ergebnisse der Kohlerunde selbst äußerst wackelig sind und niemand weiß, in welcher Weise die Kohlepolitik über 1994 hinaus fortgeführt werden kann.

Dritter Punkt, Strukturhilfe! Ich darf zitieren, Herr Finanzminister, was Sie bei der Einbringung gesagt haben:

Fest steht auch, daß es in keinem Land eine solche Transparenz der Strukturhilfemittel gibt wie in Nordrhein-Westfalen. Acht Aktenordner sind den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden, und acht Aktenordner vorher schon einmal.

Acht Aktenordner! Und jetzt wissen wir über die Strukturhilfe Bescheid. Herr Schleußer, wenn ich es vorsichtig ausdrücke, ist es Irreführung der Öffentlichkeit.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Lesen muß man schon können! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das muß ausgerechnet Dr. Busch sagen!)

(D)

Diese acht Aktenordner geben den Stand von Anfang 1991 wieder. Das sind Uraltzahlen. Das sind acht Aktenordner vollkommen ungeordneten Materials. Das sind nicht einmal die tatsächlichen Ausgaben des Landes, sondern die Zusagen, die der Bund gegeben hat, also die Projekte, die der Bund bewilligt hat. Es ist völlig unklar, was das Land mit diesen Zusagen des Bundes gemacht hat. Diese acht Aktenordner geben überhaupt keinen Aufschluß darüber, was mit den Strukturhilfemitteln tatsächlich passiert.

Ich erwarte eigentlich bei einem solchen Mittelvolumen, daß der Landtag vernünftig informiert wird, mindestens über eine Aufgliederung der Strukturhilfemittel nach Schwerpunkten. Ich habe eine entsprechende Anfrage gestellt. Ich hoffe, daß sie einigermassen ordentlich beantwortet wird.

Ich möchte zusammenfassend feststellen: Dieser zweite Nachtrag bringt einige Verbesserungen und

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

einige Verschlechterungen des Ursprungshaushalts 1992. Insgesamt verändert der zweite Nachtrag den mißlungenen Haushalt 1992, den wir Ende letzten Jahres hier massiv kritisiert haben, nicht so wesentlich, daß sich für uns die Entscheidungsgrundlage geändert hätte. Deswegen werden wir diesen Nachtrag ebenso ablehnen wie den ursprünglichen Haushalt 1992. - Ich danke Ihnen.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Schweigen im Walde! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Warum klatscht denn keiner?)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Walsken das Wort.

Abgeordneter Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Busch eben das Wort von der Irreführung der Öffentlichkeit in den Mund genommen hat, dann weiß er, wovon er spricht; denn er ist derjenige, der durch Falschzitate im Parlament in den letzten Plenarsitzungen das gesamte Parlament und die Öffentlichkeit irregeführt hat.

(B) (Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Können Sie das mal begründen?)

Ich nehme an, daß Sie Gelegenheit nehmen werden, Herr Kollege Busch, sich für diese Ungeheuerlichkeit hier im Plenum zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Wickel hat dem Finanzminister Blumen versprochen, weil der Finanzminister es geschafft hat, die Steuermehreinnahmen in erster Linie zu nutzen, um die Neuverschuldung zu senken. Die Blumen, die ich dem Finanzminister gern überreichen würde, bekommen dadurch ein besonderes Maß an Objektivität, weil Kollege Wickel der erste war und ich der zweite bin. Herr Finanzminister, ich finde es ausgezeichnet, daß es Ihnen in dieser schwierigen, in dieser kritischen Zeit gelungen ist, die Schuldenaufnahme des Landes nicht in dem Maße vornehmen zu müssen, wie wir es befürchtet haben.

(C)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Walsken, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Busch?

Abgeordneter Walsken (SPD): Solange der Kollege Busch sich hier nicht entschuldigt hat, nicht.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Er kann zur Entschuldigung aber jederzeit das Wort bekommen.)

Gestatten Sie mir, daß ich im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt ausschließlich auf die Probleme der Polizei eingehe. Ich kann nicht umhin, meine Damen und Herren, daß ich bei aller Anerkennung der Tatsache, daß wir hier in der Verpflichtung sind, für die Polizei gemäß dem vorliegenden Gutachten etwas zu tun, und uns in einer Phase der Umsetzung befinden, aber auch bemerken muß, daß es zumindest von der Finanzseite her hierzu einiger kritischer Anmerkungen bedarf.

Ich sage noch einmal: Allgemein wird die Berechtigung, daß eine Vielzahl von polizeilichen Tätigkeiten nicht mehr dem mittleren Dienst, sondern dem gehobenen Dienst zuzurechnen ist, akzeptiert. Es herrscht aber bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Klarheit darüber, ob Tätigkeiten des mittleren Dienstes noch erforderlich sind und, wenn ja, in welcher Abgrenzung von den Quantitäten her sich mittlerer Dienst und gehobener Dienst künftig darstellen werden.

(D)

Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, daß bei der Methodik der Umsetzung von Beamten und Stellen in den gehobenen Dienst Maßstäbe angewandt werden, die auch in der künftigen Betrachtung Bestand haben. Die Maßstäbe, die hier zugrunde gelegt werden, haben nämlich ganz enorme Auswirkungen sowohl auf die innere Situation der Polizei als auch auf andere Bereiche der Landesverwaltung.

Maßstab muß nach meinem Dafürhalten sein, daß die Übernahme in den gehobenen Dienst in der Regel nur dann erfolgen darf, wenn von den Bewerbern eine Laufbahnprüfung abgelegt worden ist. Die Übernahme ohne Laufbahnprüfung kann man allenfalls in der jetzigen kritischen Situation akzeptieren; man kann sie

(A) (Walsken [SPD])

aber nicht generell für die Zukunft akzeptieren. Für die Zukunft kann Maßstab für die Übernahme in den gehobenen Dienst nur die Ablegung einer Laufbahnprüfung sein.

Zum zweiten: Die Dienstposten müssen hinsichtlich ihrer Einstufung in den gehobenen oder mittleren Dienst im einzelnen geprüft worden sein. Ich sage es einmal so: Massenumwandlungen ohne Prüfung ziehen zwangsläufig Forderungen in anderen Verwaltungsbereichen nach sich, gegen die wir dann nicht mehr sachlich-argumentativ angehen können, wenn wir nicht im einzelnen nachweisen können, warum eine Umwandlung vom mittleren in den gehobenen Dienst erfolgt.

Dritter Punkt: Herr Kollege Schittges, Gutachten müssen nachvollziehbar, logisch und ihr Autor muß unangreifbar sein. Ich habe ganz erhebliche Zweifel, ob das uns von der Firma Kienbaum vorgelegte Gutachten für die Polizei vom Autor des Gutachtens her sachlich unantastbar ist. Ich habe eher Zweifel, daß dieses Gutachten in der Gefahr ist, als Gefälligkeitsgutachten angesehen zu werden, weil diejenigen, die es gemacht haben, viel zu eng mit der polizeilichen Tätigkeit verschwistert zu sein scheinen; ich will es etwas vorsichtig ausdrücken.

(B)

Wenn man diese Maßstäbe zugrunde legt, dann ist ein Bemühen der Landesregierung zu erkennen, diese Maßstäbe einzuhalten, und es ist auch das Bemühen erkennbar - ich sage es einmal so -, nicht allzu leichtfertig, locker und schnell die Überleitungsaktion in den gehobenen Dienst vorzunehmen. Man kann deshalb diesen Haushaltsentwurf als politischen Vorgriff auf die noch zu lösenden Strukturfragen der Überleitung betrachten. Aber ich weiß heute schon, daß es eine erhebliche Entrüstung bei jüngeren leistungsfähigen Beamten gibt, die sagen, daß ihre Chance, in den gehobenen Dienst zu kommen, größer ist, weil sie sich das von ihrer Leistungsfähigkeit her zutrauen und weil sie sich auch zutrauen, sich einer Leistungsprüfung zu unterziehen. Die Überleitung von Beamten, die bereits A 9 Z haben und kurz vor der Pensionierung stehen, wird von den leistungsfähigen jungen Beamten außerordentlich kritisch betrachtet.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD] -
Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

(C)

Deshalb müssen wir sehr aufpassen, daß wir nicht innerhalb der Polizei selbst durch falsche Maßstäbe Ungerechtigkeiten schaffen, die die Stimmung bei der Polizei letzten Endes verschlechtern, statt sie zu verbessern.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius
[SPD])

Ein weiterer Punkt ist folgender: Wenn wir nicht eindeutige Maßstäbe dafür setzen, welche Quantitäten für den gehobenen Dienst vorzusehen sind, bekommen wir in anderen Bereichen der Landesverwaltung erheblichen Ärger - beispielsweise in der Justizverwaltung -, die genau darauf achten, was bei der Polizei passiert und die natürlich dann nach den gleichen Maßstäben bemessen werden möchten, wie wir sie bei der Polizei anwenden. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, daß diese Gesamtktion so nachvollziehbar, so logisch, so begründbar ist, daß wir in anderen Bereichen der Landesverwaltung nicht Begehrlichkeiten wecken, die wir letzten Endes auch finanziell nicht bewältigen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch eine weitere kritische Anmerkung zum Bereich Polizei machen. Ich habe mit Verwunderung der Presse entnommen, daß die Landesregierung den Einsatz von Bundesgrenzschutzbediensteten bei Flughäfen und bei der Bundesbahn angreift. Sie hat Verfassungsklage gegen die Bundesregierung eingereicht. Ich war bisher davon ausgegangen, daß wir uns bei einer aufgabenkritischen Überprüfung polizeilicher Tätigkeit durchaus mit dem Gedanken anfreunden könnten, daß bei wegfallenden europäischen Grenzen die Flughäfen und Bahnhöfe durchaus Grenzen sein könnten und daß hier der Einsatz von Bundesgrenzschutzbediensteten möglich wäre, was gleichzeitig zu einer Entlastung polizeilicher Tätigkeit führen und damit bedeuten würde, daß die Polizeibeamten, die dort eingesetzt sind, für ihre eigentliche polizeiliche Tätigkeit zur Verfügung stehen.

(D)

Ich sage nur: Ich habe das mit Erstaunen zur Kenntnis genommen und wäre dankbar, wenn die Landesregierung - vielleicht an anderer Stelle - zu diesem Punkt etwas sagen würde.

(A) (Walsken [SPD])

Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt den Eindruck, daß mit dem Nachtragshaushalt ein weiterer Schritt in die richtige Richtung gegangen wird, nämlich erstens eine Befriedung bei der Polizei zu versuchen, indem anerkannte Tätigkeiten des gehobenen Dienstes demnächst auch entsprechend bezahlt werden, und zweitens die Mehreinnahmen genutzt werden, um die Neuverschuldung zu senken, was unserer Volkswirtschaft und unseren öffentlichen Haushalten insgesamt in den nächsten Jahren gut bekommen wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich erteile jetzt für die Landesregierung dem Finanzminister Herrn Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte an sich nicht mit einer so langen Diskussion gerechnet; denn dieser zweite Nachtragshaushalt ist in den meisten Ausschüssen einstimmig verabschiedet worden, und er ist im Haushalts- und Finanzausschuß ebenfalls einstimmig verabschiedet worden, so daß man davon ausgehen mußte, daß die Sache ausgestanden sei, zumal, Herr Kollege Schittges, während der Klausurtagung kritische Anmerkungen detailliert diskutiert worden sind.

Herr Abgeordneter Busch, daß Sie nicht einmal bereit sind, einen Druckfehler zu akzeptieren, der längst im Einvernehmen zwischen Landtagsverwaltung und Finanzministerium korrigiert war und aus welchen Gründen auch immer übernommen wurde, halte ich nicht für hinnehmbar. Zwischen "Konjunkturrisiken" und "Konkursrisiken" gibt es einen Unterschied. Es ist ausdrücklich immer von Konkurs- und nie von Konjunkturrisiken gesprochen worden. Selbst wenn das in einem Protokoll des Landtags irrtümlich so stehen sollte, was ich nicht weiß, weil ich es so schnell nicht habe überprüfen können, wissen Sie von der Diskussion im Ausschuß, daß es nicht um Konjunktur-, sondern um Konkursrisiken ging.

(Zuruf von der SPD: Da war er ja nicht!)

(C)

Ich finde, das ist auch ein Grund, mit solchen Dingen vernünftiger umzugehen.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Busch zulassen?

Finanzminister Schleußer: Nein, ich wollte die Zeit, die das Parlament heute noch tagen muß, nicht unnötig verlängern.

Zur Strukturhilfe und der Behauptung, daß es keine geeignete Grundlage geben soll: Die acht Aktenordner, in denen jede einzelne Maßnahme festgehalten worden ist, sind ja nicht nur einmal geschickt worden. Sie sind sogar ein zweites Mal geschickt worden, weil für eine Reihe von Abgeordneten die Angaben offensichtlich so interessant waren, daß sie auf ihren Raum bezogene Informationen entnommen hatten. Deshalb haben wir das komplettiert. Das muß sehr informationswert gewesen sein, sonst wäre es nicht notwendig gewesen, das zu ergänzen.

Was wir jetzt allen Fraktionen mitgeteilt haben, ist jede einzelne jetzt beschlossene Maßnahme. Wir werden auch mitteilen, wenn die Restmittel für jede einzelne Maßnahme verbraucht werden.

Ich gehe davon aus - das werden auch die Parlamentarischen Geschäftsführer nicht bestreiten -, daß Sie über jede einzelne Maßnahme und die entsprechende Beschlußlage informiert gewesen sind. Wir werden das fortsetzen. Insoweit kann ich nur wiederholen: Für mehr Klarheit bei pauschalen Titeln kann man nicht sorgen, wie das hier geschehen ist. Kritik kann ich an diesem Punkt nicht anerkennen.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Schittges hat noch gesagt, er würde ein bestimmtes Weitergehen im Personal begrüßen. Aber dabei sollte man doch auch ehrlich und vernünftig miteinander umgehen. Wir wissen: Polizei, Lehrer, Hochschulen, Finanzbeamte und Justiz machen etwa 98 % des gesamtem Personals aus. Wer sich riesige Summen von Personalabbau vorstellt, muß wissen und

(D)

(A) (Minister Schleußer)

sagen, daß diese Bereiche nicht ausgeklammert werden können. Er kann nicht anschließend in einer Bemerkung dazu kommen, daß in einigen Bereichen sogar noch viel zu wenig Personal sei.

Ich habe ebenfalls wenig Verständnis für die Forderung, daß sich die Landesregierung jeder öffentlichen Äußerung zu enthalten habe, bis das Parlament jeweils beschlossen habe. Ich bin gerne bereit, mich darauf einzulassen - Herr Kollege Linsen, würden Sie das bitte dem Kollegen Schittges weitergeben -, wenn das auch für die Opposition gilt. Wenn es denn also ein Sprachverbot für alle gibt, bin ich sehr damit einverstanden, daß das auch für die Landesregierung gilt.

Zur Polizei: Ich bin sowohl dem Abgeordneten Wikel wie auch dem Abgeordneten Walsken dankbar für die Anmerkungen, die sie gerade zur Polizei gemacht haben.

Sie kennen meine Position. Ich halte eine komplette Überleitung der Polizei in den gehobenen Dienst für nicht verantwortbar. Ich weiß, daß es besondere Schwierigkeiten und Probleme bei der Polizei gibt. Dem sind wir in weiten Schritten gefolgt. Ich weiß im übrigen auch, daß sich kein Land eines solchen Druckes erwehren kann.

(B)

Darum ist es ein gemeinsames Anliegen des Finanzministers und des Innenministers, zu einer bundeseinheitlichen Lösung zu kommen. Wir werden uns in der Innenministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz auf eine bundeseinheitliche Lösung zubewegen. Ich glaube, es gibt gute Chancen, sowohl eine relative Zufriedenheit bei der Polizei zu erreichen wie auch den finanziellen Möglichkeiten der Länder - nicht nur des Landes Nordrhein-Westfalen - gerecht zu werden. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die **Beratung**, und wir kommen zur **Abstimmung**:

(C)

Wer der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/4420** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen?

(Gegenstimmen der Fraktion DIE GRÜNEN und einzelner Abgeordneter der Fraktion der CDU)

Enthält sich jemand der Stimme?

(Enthaltung bei Abgeordneten der CDU und Enthaltung der Fraktion der F.D.P.)

Danke schön. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung **angenommen** worden ist.

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfes ist für Freitag vorgesehen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

1 000 Stellen der Schutzpolizei noch 1992 mit Beamten des gehobenen Dienstes besetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4304

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/4413

in Verbindung damit:

Innere Sicherheit und Situation der Polizei in Nordrhein-Westfalen - Lagebeurteilung und Perspektiven -

Große Anfrage 4
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/1748

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 11/4112

(D)